

Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

17. Juni 2020

Das große Interview 2020 mit Bürgermeister Marco Rutter

Herr Rutter, Sie sind nun zwei Jahre als Bürgermeister im Amt – hat Sie das verändert?

Nicht wirklich, ich stehe noch für die gleichen Dinge. Lernen musste ich nur, dass die Umsetzung meist länger dauert. Lange Diskussionen nerven manchmal, da bin ich aus der Wirtschaft pragmatischeres Vorgehen gewohnt.

Es heißt: „Neue Besen kehren gut“. Was war für Sie persönlich bisher das Wichtigste?

Die Wichtigkeit hängt weniger von meiner persönlichen Einschätzung ab, mehr von der Betroffenheit unserer Bürger. Wichtig ist mir, dass Entscheidungen möglichst vielen Bürgern nutzen. Dafür müssen Informationen umfangreich aufbereitet und Argumente gut abgewogen sein.

Sie hatten schon früher beruflich mit kritischer Infrastruktur und Katastrophenschutz zu tun. Hilft Ihnen das heute?

Ja. Auch wenn mein Alltag keine Katastrophe ist, es kommt sehr auf strukturiertes Arbeiten und schnelle Entscheidungen an. Anders ist die Vielfalt

an Themen und die Flut an Informationen nicht zu bewältigen.

„Coronamanager“ könnte sogar ein Vollzeitjob sein, aber es gibt jeden Tag auch das normale Leben mit hunderten Aufgaben und Vorhaben. Wie funktioniert eine Verwaltung hinter Plexiglas?

Überraschend gut, dank meiner motivierten und flexiblen Mitarbeiter. Wir haben in Bezug auf unsere Arbeitsabläufe sogar hinzugelehrt und bereits Verbesserungen umgesetzt.

Dennoch verlief in der Hochphase der Krise kein Tag, wie man ihn am Morgen geplant hat. Das kostet schon Kraft.

Die Aufregung um das Tesla-Vorhaben in Grünheide war groß und Sie vertreten uns im Wasserverband. Graben die uns wirklich das Wasser ab und wer bezahlt das?

Mit der Ansiedlung von Großkunden können wir technisch umgehen. Klar müssen dafür die Infrastruktur angepasst und Investitionen getätigt werden. Tesla ist dabei nur eine Aufgabe.



Die Siedlungsentwicklung fordert uns in gleichem Maße. Bei den Kosten werden wir den kleinen Verbraucher vor den Lasten einzelner Großkunden schützen. Dafür laufen auch auf der kaufmännischen Seite entsprechende Vorbereitungen.

In nahezu allen östlichen Berliner Randgemeinden gibt es weiteren Zuzug und der Regen bleibt seit Jahren aus. Wo ist da die Schmerzgrenze?

Noch stellen uns geringere Niederschläge vor kein Problem. Denn das Wasser, das wir heute aus 90 m Tiefe fördern, ist vor gut 30 Jahren als Regentropfen zur Erde gefallen. So lange dauern Sickerprozesse im Untergrund. Aber wir müssen weiter vorausschauen, in Zusammenhängen denken und technisch aufwändiger planen.

Hier sind auch die Kommunen gefordert, die in ihrer Zuständigkeit das Niederschlagswasser managen müssen. Der Erhalt und der Umgang mit unseren Wasserressourcen ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

Mit der Sporthalle an der Petershagener Grundschule scheint alles in trockenen Tüchern. Aber wann steht dort endlich auch das neue Schulhaus?

Noch laufen die Ausschreibungen, aber erstmals regeln wir Baukosten





und Bauzeiten verbindlich. Ein neuer Weg, den wir anschließend auch für die Erweiterung der Grundschule Eggersdorf gehen müssen. Aber zum konkreten Vorhaben: Wer bis zum Herbst 2022 fertig ist, der hat einen Vorteil bei der Vergabeentscheidung. Daher bin ich auf die Angebote Mitte August gespannt. Wir müssen zukünftig bei allen Schritten schneller werden und können nicht dauerhaft den Entwicklungen hinterherlaufen. Improvisationen und Notlösungen sind nie optimal und machen die Dinge unterm Strich nur teurer.

Einwohnerzuwachs und Geburtenentwicklung zeigen: Auch das wird nicht reichen.

Sie kennen das Drängen der Linken auf eine weitere, komplett neue Schule an einem verkehrsgünstigen Standort. Wo kommt sie hin und wann wird sie gebaut?

Es ist in unserer Gemeinde versäumt worden, zu Zeiten günstiger Preise die erforderlichen Flächen zu sichern. Wir besitzen heute kein Land in der notwendigen Größe. Das kommt uns nun teuer zu stehen und zwingt uns kurzfristig zur maximalen Erweiterung der bestehenden Standorte. Mit dem Erwerb weiterer Flächen können wir aber nicht warten, bis uns die Entwicklung überholt. Deshalb gibt es bereits erste Gespräche und Sondierungen.

Nichts geht ohne Geld, aber manche Investition lohnt sich. Mit welchen Mitteln können wir die Sozialarbeit an den Grundschulen ausbauen?

Leider nur mit eigenen Mitteln, denn

alle Förderungen sind derzeit ausgeschöpft. Bestenfalls für einzelne Projekte und dann zeitlich befristet lässt sich zusätzliche Unterstützung gewinnen. Da würde ich mir mehr Verantwortungsbewusstsein auf höheren Ebenen wünschen. Dennoch werden wir uns dieser Aufgabe stellen müssen, denn die sozialen Probleme nehmen trotz steigenden Wohlstands im Ort nicht ab.

Die Einweihung der Kita in der Rückertstraße ist geplant für...

...Ende August dieses Jahres. Ab September soll der Betrieb mit 100 Kindern losgehen. Das notwendige Personal stellt der Internationale Bund bereits ein.

Etwa jedes 8. Kind hat einen Bedarf an besonderer Zuwendung. Wo wird es ein Angebot von Integrations-Kitaplätzen geben?

In der Tat: Eine dynamische Entwicklung mit vielen komplexen Aufgabenstellungen. Persönlich halte ich dafür den vorgesehenen Kitastandort im Plangebiet Tasdorfer Straße für geeignet. Den speziellen Anforderungen wird nur ein eigens geplanter Neubau gerecht. Die Diskussion darum hat aber gerade erst begonnen.

Im Kinderbauernhof gibt es neues Leben. Aber wann wird es für alle wieder möglich sein, dort Tiere zu streicheln?

Die Tiere sind schon da. Selbst Pferde und Alpakas warten schon auf die kleinen Besucher. Los geht es, wenn die Corona-Auflagen dies zulassen. Da die Stiftung auch Menschen mit

Einschränkungen beschäftigt, gelten für den Betrieb besondere Auflagen.

Junge Leute, aber nicht nur diese, suchen immer wieder Möglichkeiten, sich im Freien zu treffen. Gleichzeitig müssen Biotop geschützt werden. Wie wird das gesteuert?

Wichtig ist, in diesen Fragen nicht zu übersteuern. Gesellschaftliche Interessen stehen für mich gleichberechtigt nebeneinander. Ausgleichen lassen sich diese nur im Dialog und mit Kompromissbereitschaft. Dogmen und Verbote helfen uns nicht weiter. Und Akzeptanz entsteht erst im Ausgleich, wenn sich möglichst alle mit der Lösung identifizieren können. Das betrifft sowohl die Inanspruchnahme unserer Naturräume als auch den Aufenthalt auf Spiel- und Verkehrsflächen.

Wir brauchen verteilte Treffpunkte, die unterschiedlichen Interessen dienen und gut erreichbar sind. Dazu gehört auch eine angepasste Ausstattung an diesen Orten. Dafür habe ich die Überarbeitung der Spielplatz- wie auch der Kulturstättenkonzeption auf die Agenda der Gemeindeausschüsse gesetzt. Im Idealfall führen wir alles in einem Konzept zusammen und binden auch ein Sportstättenkonzept mit ein.

Der Bolzplatz auf dem Gelände der FAW-Schule, den auch die Gemeinde mitfinanziert hat, soll öffentlich zugänglich sein. Kriegen Sie das hin? Welche Möglichkeiten gibt es bei anderen Sportstätten?

Vertraglich ist das klar geregelt, der Sportplatz der FAW kann auch öffentlich genutzt werden. Organisatorisch ist es dennoch ein Problem. Unsere Schulgelände können nicht permanent offen stehen. Das gebietet die Haft- und Verkehrssicherungspflicht, denn Vandalismusschäden dürfen nicht unsere Schüler gefährden.

Die Lösung werden nun wohl höhere Personalkosten sein. Das wurde im Vorfeld nicht bedacht. Bei anderen Sportstätten haben wir mit Lärmproblemen zu kämpfen, etwa beim neuen Sportplatz in der Dorfstraße, der nur durch den Schulsport genutzt werden darf.

Für einen echten Bolzplatz darf es eigentlich keine unmittelbar konkurrierende Nutzung geben. Und der Zugang muss unabhängig geregelt sein. Daran ist das Konzept für einen Bolzplatz am Waldsportplatz erstmals ausgerichtet.

Wann wird die Stelle für Bildung und soziale Infrastruktur im Rathaus wieder besetzt sein?

Das kann noch bis zum Jahresende dauern. Gute Führungskräfte sind schwer und nur aus bestehenden Arbeitsverhältnissen heraus zu bekommen. Das kostet Zeit.

Warum haben wir keine/n Gleichstellungsbeauftragte/n?

Für die Verwaltungsaufgaben, etwa die Einstellung von Personal, haben wir eine Beauftragte. Für allgemeine Belange im Ort müsste die Gemeindevertretung jemanden in diese Funktion berufen.

Der Ausbau der örtlichen Straßen ist wieder ein gutes Stück voran gekommen. Wo drückt es wirklich noch?

Gesetzliche Änderungen und steigende Kosten bremsen uns deutlich aus. Darunter leidet die Akzeptanz der betroffenen Bürger. Dabei wäre gerade die Erschließung so wichtig, zur Verbesserung der Mobilität im Ort, zur Reduzierung von Staub und Lärm sowie für einen zielführenden Umgang mit dem kostbaren Regenwasser. Wir versuchen daher gerade, diese zentralen Themen bei der Fortschreibung des Straßenbauprogramms aufzugreifen. Ich hoffe, wir können an die Erfolgslanz der letzten Jahre anknüpfen.

Wird die Altlandsberger Chaussee nach zwei Jahren Bauzeit wie geplant im Herbst fertig?

Das wüsste ich auch gern und habe deshalb den Landesbetrieb Straßenwesen zusätzlich schriftlich angefragt. Die planmäßige Fertigstellung scheint für mich derzeit unrealistisch, aber warten wir die Antwort ab.

Am Knoten Wilhelm-, Petershagener- und Landsberger Straße wird dann auch die Umleitungsampel wieder abgeräumt. Ein „Kreisel“ würde die Situation dort dauerhaft verbessern. Kommt einer?

Das ist ein wesentliches Ziel, über das wir mit dem zuständigen Landesbetrieb verhandeln. Aktuell sind wir der Aufforderung zur Prüfung einer dritten Ausbauvariante nachgekommen. Auf eine Entscheidung werden wir weiter drängen, es muss an dieser Stelle endlich vorangehen.

Feststellen durfte ich, dass mit der beabsichtigten Bebauung der alten Gärtnerei die Chancen steigen – nicht nur für den Kreisel, auch für den Geh-

und Radweg, denn Entscheidungen zu Landesinvestitionen orientieren starr am tatsächlichen Verkehrsaufkommen.

Auch die Verkehrssituation an der Einmündung Dorfstraße in die Linden- bzw. Fredersdorfer Str. (nördlicher Dorfanger Petershagen) spitzt sich von Jahr zu Jahr zu. Was ist zu tun?

Große Lösungen lassen die Platzverhältnisse und der Denkmalschutz an dieser Stelle nicht zu. Verbesserungen durch Abbiegespuren und ggf. auch Ampeln soll es dennoch geben. Eigene Planungen haben wir dafür bereits erstellt. Weil aber auch dies eine Landesstraße ist, hängt alles vom Verlauf der Gespräche mit dem Landesbetrieb ab. Den Druck halten wir weiter aufrecht. Erste Investitionen zur L30 werden aber die Bahnhofstraße betreffen.

Es ist vorgesehen, den Busverkehr am S-Bahnhof weg vom Straßenrand näher an den Bahnhofszugang zu führen und eine Wendemöglichkeit zu schaffen.

Komfort, Sicherheit und Routenplanung sollen davon profitieren. Wann ist es so weit?

Die Planungen sind abgeschlossen und der Antrag auf Förderung trotz Corona fristgerecht beim Land gestellt. Derzeit laufen dort die fachlichen Prüfungen. Bisher sieht alles nach einem Baustart im nächsten Jahr aus. In 2022 sollten die Voraussetzungen für einen verbesserten Nahverkehr geschaffen sein.

Haben Sie auch eine Lösung für PKW, die nur jemand abholen oder zur Bahn bringen? Die haben bisher oft irgendwo gewendet...

Dafür sind Kurzzeitstellplätze geplant.



Wir nennen diese im Konzept neu-deutsch Kiss & Ride – man wird sie aber auch ohne Küssen nutzen können.

bleiben wir noch beim Bus: Die Attraktivität der Linie 932 nach Eggersdorf Nord wäre bestimmt größer, wenn man in beiden Richtungen fahren könnte. Wie kann das eingerichtet werden?

Der Vertrag mit dem Unternehmen ist durch den Landkreis geschlossen worden. Gleiches gilt für den Nahverkehrsplan, der durch den Kreistag verabschiedet wurde. Damit ist leider der Rahmen gesetzt.

Meine Stellungnahme zum Entwurf des Nahverkehrsplanes hatte bereits die Defizite aufgezeigt, leider ohne Erfolg. Wir stimmen aber gerade mit dem Landkreis ab, ob eine Änderung der Linienführung organisatorisch möglich ist und dadurch Verbesserungen erzielt werden können. Neben den vertraglich geregelten Fahrkilometern kommt es auf die Fahrzeiten und Umsteigebeziehungen an.

Auch die Linie 932 ist Teil eines Nahverkehrsnetzes, für welches im Verkehrsplan Anschlusspunkte und Qualitätskriterien verankert wurden. Daher ist noch einiges an Berechnungen erforderlich.

Auch unsere Gemeinde ist vor Jahren der Barcelona-Konvention zur Herstellung von Barrierefreiheit beigetreten. Das schließt die Verpflichtung ein, einen Teilhabeplan zur erstellen. Wer hat die Regie und wie ist der Stand?

So ganz glücklich finde ich diese Verpflichtung nicht, denn es fehlt an Möglichkeiten der Umsetzung. Selbstverständlich berücksichtigen wir die Anforderungen an die Barrierefreiheit bei allen Bauvorhaben. Aber im Gebäudebestand und erst recht bei privatem Eigentum ist meist keine Handhabe gegeben.

Nach Corona und mit der fertigen Altlandsberger Chaussee fehlen uns dort wieder die Parkplätze. Welche Vorstellungen gibt es, die Situation in Strandbadnähe und insbesondere für Menschen mit körperlichen Behinderungen zu verbessern?

Leider haben wir uns auch dort als Gemeinde keine Flächen gesichert. Große Stellplatzanlagen werden bei steigender Attraktivität von Bauland auch tendenziell unwahrscheinlicher. Ein Element könnte mehr Attraktivität beim

Nahverkehr sein. Vielleicht als kleiner Shuttle-Bus zu den Badezeiten. Den Bootsverleih würde ich gern verlagern auf ein angrenzendes Grundstück mit direktem und barrierefreiem Zugang zum See. Dort könnten auch beispielsweise 5 PKW-Stellplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen werden.

Schon lange sind ein EDEKA-Neubau am S-Bahnhof Petershagen Nord und ein Markt am Mierwerder Weg im Gespräch. Wann geht es los?

Für den Markt am Mierwerder wurde im Februar die Baugenehmigung erteilt. Beim EDEKA-Center am S-Bahnhof ist das Genehmigungsverfahren weit fortgeschritten. Eigentlich sollte es noch in diesem Jahr an beiden Standorten losgehen.

2019 wurde die örtliche Baumschutzsatzung aufgehoben. Welche Folgen sind erkennbar?

Die Folgen halten sich in Grenzen. Klar gab es auch Fällungen und wenn Baufreiheit für ein neues Haus geschaffen wird, dann sieht es nicht selten wüst aus. Aber in den meisten Fällen gilt ohnehin ein Bebauungsplan, in dem der Naturschutz zwingend geregelt ist. Ergänzend arbeiten wir an einem Ausgleichsflächenkonzept. Ziel ist es, auch bei Siedlungsverdichtung privilegierte Grünflächen zu erhalten. Und wir pflanzen fleißig als Gemeinde. Der Bestand entlang der Straßen hat sich in 10 Jahren um gut 1.200 Bäume erhöht – trotz Fällungen und Sturmschäden.

Die Bundesregierung denkt (endlich) über die ungesunde Entwicklung der Strompreise nach. In welchen Abständen überprüft die Gemeinde ihre Verträge mit den Versorgern und verhandelt Anpassungen?

Wir schreiben die Versorgung alle zwei bis drei Jahre neu aus. Dann werden

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.

<https://www.facebook.com/dielinke.petershagen.eggisdorf>

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz	Wolfgang Ziele
Elbestr. 5	Bötzseestr. 120 b
15370 Petershagen	15345 Eggisdorf



auch neue Verträge geschlossen.

Unsere Gemeinde hat sich seit Jahren einen vergleichsweise sehr geringen Stand der Pro-Kopf-Veranschuldung erarbeitet. Wie denken Sie darüber, angesichts komplizierter Staatsfinanzen und auch bei uns sicher bröckelnder Steuereinnahmen eventuell wieder Kredite aufnehmen zu müssen?

Noch haben wir genug Geld in der Rücklage. Zugleich gibt es aber auch einen erheblichen Investitionsstau. Diesen aufgerechnet werden wir Kredite in Anspruch nehmen müssen. Notwendig wird dies spätestens im Jahr 2023. Parallel müssen wir private Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur anreizen. Wir beraten dafür auch Erbbaupachten für kommunale Grundstücke. Es fehlt mehr an Infrastruktur, als wir selbst mit Krediten finanzieren könnten.

Die Frage, wann Corona auch bei uns wirklich vorbei ist, erspare ich uns.

Aber wird „danach“ in unserer Gemeinde alles wieder so sein, wie es war?

Einerseits hoffe ich, dass die meisten Dinge wieder so funktionieren wie davor. Gerade für unsere Gewerbetreibenden, die Hotels und Gaststätten kann man sich das nur wünschen. Hier hat die Krise besonders wehgetan. Gleiches gilt für das Kultur- und Vereinsleben, ohne welches die Lebensqualität im Ort dauerhaft sinken würde. Aber in der Krise zeigte sich auch ein anderes Gesicht unseres Ortes. Mit Nachbarschaftshilfe bei täglichen Be-



sorgungen, Ideen zur Kinderaufmunterung oder einfach nur mehr Aufmerksamkeit untereinander. Corona hat trotz des Abstandgebots die Menschen dichter zusammengeführt. Vielen wurden erst durch die Krise gegenseitige Abhängigkeiten und die Notwendigkeit eines Miteinanders bewusst.

Wenn wir zukünftig auch die kleinen Leistungen mehr wertschätzen und den Blick für gesellschaftliche Zusammenhänge nicht erneut verlieren, dann wäre dies eine positive Entwicklung für die Zeit „danach“.

Vielen Dank Herr Bürgermeister.

Fragen: Max-Ulrich Kühn
in Abstimmung mit der Fraktion
DIE LINKE in der Gemeindevertretung

Fotos: Gemeindeverwaltung, Kühn

